

sollte. Das reale Kräfteverhältnis wurde jedem sichtbar vor Augen geführt. Walter Ulbricht sagte dazu in seiner Fernsehrede:

„Ich habe schon darauf hingewiesen, daß wir den Kriegsbrandherd Westberlin unter Kontrolle gebracht haben. Wir haben dafür gesorgt, daß der Aufbau des Sozialismus friedlich weitergehen kann, und haben auch den Menschenhandel und die Ausplünderung der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik durch die westdeutschen Militaristen gestoppt.

Zugleich aber — das erscheint mir besonders wichtig — haben wir den führenden Politikern und der Bevölkerung Westdeutschlands wieder das wirkliche Kräfteverhältnis in Deutschland und in der Welt ins Bewußtsein gebracht. Unsere Maßnahmen haben gezeigt, daß wir ernsthaft und ohne zu schwanken darangehen, den Friedensvertrag vorzubereiten. Unsere Maßnahmen werden zweifellos den Abschluß des Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt erleichtern.“³

II

Die westdeutschen Wahlen zum Bundestag am 17. September 1961 werden klassenmäßig von den gleichen Kräften organisiert wie zur Zeit des Nazifaschismus. Es ist der revanchistische und aggressive Flügel des westdeutschen Imperialismus, der schon Hitler finanzierte und in dem heute die sog. Atomgruppe (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, Siemens, AEG, die Nachfolgesellschaften der IG-Farben und der Flickkonzern) die dominierende Rolle spielt. In ihrem Auftrag organisiert der Bonner Staat die Wahlen, um die klerikal-militaristische Herrschaft mit dem Stimmzettel des Wählers zu verbrämen und ihr den Schein demokratischer Legitimität zu verleihen. Mit ihrer Hilfe will er seine Existenzbedingungen aufrechterhalten. Dabei geht es ihm vor allem um das Fernhalten der Volksmassen vom Staat, die Vernebelung ihres Bewußtseins; denn „nach bürgerlichen Begriffen“ ist der Staat nur dann stark, „wenn die Massen den Befehlen der imperialistischen Regierungen gehorchen und blindlings zur Schlachtbank gehen. Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen“⁴. Deshalb versucht die Monopolbourgeoisie auch, ihre ganze bürgerliche Pseudo-Demokratie auf die Frage der Wahlen zu reduzieren und gleichzeitig diese Wahlen so zu organisieren, daß sie zu einem Betrug an den Wählern werden, daß der wirkliche Wählerwille verfälscht und in sein Gegenteil verkehrt wird. Mit Selbstbestimmung haben solche Wahlen absolut nichts zu tun.

Natürlich geht das Bestreben der Bonner Machthaber dahin, den Charakter ihrer Wahlen zu verschleiern. Sie möchten den Werktätigen vortäuschen, daß sie sich mit der Abgabe des Stimmzettels an der politischen Willensbildung des Bonner Staates beteiligen und ihr Wille sich in der Tätigkeit des Staates niederschlägt. Deshalb wird von ihnen seit Jahr und Tag mit großem Aufwand von „freien“ und „demokratischen“ Wahlen gesprochen, werden

ihre Wahlen als „Muster der Demokratie“ und als „freie Willensentscheidung des Volkes“ gepriesen. Sie haben dazu sogar das Bundesverfassungsgericht auf den Plan gerufen. Im rechtswidrigen Verbotsurteil gegen die KPD stellte dieses Instrument zur rechtsstaatlichen Verbrämung der Monopoldiktatur fest, daß die Wahlen „die Kontrolle des Volkes über die Ausnutzung der politischen Macht“ sichern. Das sagte dasselbe Gericht, das durch seine „Rechtsprechung eine Volksbefragung über die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik verboten hat und die Volksbewegung gegen den Atomtod, in der sich der tatsächliche Wille des Volkes äußert, unterdrückt.

Niemals organisiert ein Staat der aggressiven Monopole Wahlen im Interesse des Volkes, denn ihm geht es nicht um dessen freie Entscheidung, um dessen wirklichen Willen. Der Wille des Volkes ist den Zielen der monopolistischen Machthaber genau entgegengesetzt, und seine Verwirklichung würde ihren unvermeidlichen Untergang bedeuten. Das Volk will weder Ausbeutung und Unterdrückung noch Wehrpflicht, Militarismus und Atomkrieg — gerade das aber entspricht dem Willen der aggressiven Monopolisten, weil es der Erzielung ihres höchsten Profits dient.

Der ganze Mechanismus zur Durchführung dieser Wahlen ist darauf gerichtet, jede echte Meinungsäußerung der Bevölkerung zu verhindern, jede wirkliche Opposition gegen die NATO-Kriegspolitik zum Schweigen zu bringen. Das Ziel der Wahlen besteht darin, die Wähler mit Hilfe der Stimmzetteldeloidologie zu betrügen und ihnen Demokratie vorzutäuschen, gleichzeitig aber ein willfähiges Parlament zustande zu bringen, das die Fortführung des volksfeindlichen Kurses sichern soll.

Die Wahlen am 17. September 1961 zum Bonner Bundestag sind ebenso wenig „frei“ wie die vorangegangenen Wahlen in den Jahren 1949, 1953 und 1957.

Die 1949 „gewählte“ Adenauer-Regierung stellte in den Mittelpunkt ihrer Politik die Remilitarisierung, die von der Bevölkerung einmütig abgelehnt wurde. Sie verbot 1951 die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung, in der sich die wirkliche Selbstbestimmung, der Kampf um das Recht auf Frieden und Freiheit, millionenfach manifestierte.

Die „freien“ Wahlen brachten also die „Freiheit“ für die Herrschenden, die Aufrüstung durchzuführen. Dem Volk brachten sie Unterdrückung und Unfreiheit.

Der 1953 „gewählte“ Bundestag gliederte Westdeutschland in das atlantische Kriegspaktsystem ein, unterwarf Westdeutschland der NATO und einer 50jährigen Besetzung. Verboten wurde die Volksbefragung gegen die Kriegspakte, verboten wurde die Paulskirchen-Bewegung, weil sich darin der wirkliche Wille des Volkes gegen die Unterwerfung unter die NATO manifestierte.

Freiheit für die Herrschenden, Westdeutschland aus dem deutschen Nationalverband herauszureißen und den USA zu unterwerfen, „Freiheit“ für das Volk, die politischen und ökonomischen Lasten der NATO-Politik zu tragen — das war das Ergebnis dieser „freien Wahlen“. Der 1957 „gewählte“ Bundestag faßte durch seine reaktionäre Mehrheit am 25. März 1958 den verbrecherischen Beschluß, die

³ ND (Ausg. B) vom 19. August 1961, S. 3.

⁴ Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 263.